

Antrag IR01: Damit unsere Demokratie wehrhaft bleibt

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	IR02
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 33 - 36 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 52 - 54 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 66 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 73 - 74 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 171 - 181 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 321

- 1 Der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und der Bestand unserer rechtsstaatlichen
2 Demokratie wird insgesamt und tagtäglich auf eine harte Probe gestellt. Nie war der
3 Druck auf die zentralen Werte unserer Verfassung und auf die Demokratie so hoch wie
Empfehlung der Antragskommission:
4 jetzt: In einer Zeit in der Rechtsextremismus, Rassismus und islamistischer Terror
zunehmen,
5 wird unsere Gesellschaft ebenfalls durch einen verstärkten Antisemitismus und die
6 Aktivitäten der AfD, die der Verfassungsschutz als rechtsextremen Verdachtsfall
7 führt, herausgefordert. Wir halten dagegen und setzen auf einen starken Staat. Für
8 uns ist der Staat kein Selbstzweck, sondern er ist der Garant für Freiheit,
9 Rechtsstaatlichkeit, Pluralität, Respekt und Toleranz. Um allen Menschen in unserem
10 Land zu ermöglichen, in Freiheit und Sicherheit zu leben, setzen wir uns als SPD für
11 tatkräftige und handlungsfähige Sicherheitsbehörden sowie eine Justiz ein, die
12 Gefahren für unsere Demokratie vorbeugend entgegentreten und diese auch personell und
13 technisch konsequent bekämpfen können.
- 14 1. Widerstandsfähiger Staat
- 15 1.1 Demokratie geht vom Volke aus
- 16 Eine Demokratie kann immer nur von der großen Mehrheit demokratisch denkender und
17 handelnder Bürgerinnen und Bürger getragen und auch verteidigt werden. Es liegt an
18 uns allen täglich dafür einzustehen, dass auch diejenigen ihre Meinung äußern können,
19 die wir nicht teilen.
- 20 Wir müssen Spaltung und Hetze entschieden entgegentreten. Nicht immer ist das einfach
21 und doch sorgen kleine Gesten wie das Einstehen für Menschen, die etwa in einer U-
22 Bahn bedroht, beleidigt oder sexistisch belästigt werden dafür, genau jenen
23 Zusammenhalt zu schaffen, der uns verloren zu gehen scheint.
- 24 1.2 Absicherung demokratischer Institutionen
- 25 In Polen und Ungarn wurde uns schmerzlich vor Augen geführt, wie Populisten
26 insbesondere die Justiz, die Medien und die Kultur als ihren Spielball missbrauchen
27 und gezielt attackieren. Dies macht deutlich, dass wir auch in unserem Bundesland

28 unsere Institutionen verfassungsfest machen müssen. Dies gilt in erster Linie für den
29 Verfassungsgerichtshof, der für Baden-Württemberg in vielfältigen
30 verfassungsrechtlichen Streitigkeiten entscheidet und dabei eine schützende
31 Grundposition mit Blick auf Grundrechte, den Schutz von Minderheiten und
32 Grundprinzipien wie der freien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder

Empfehlung der Antragskommission:

33 Sozialstaatlichkeit einnimmt. ~~Die Diskussion um die Einführung eines Zwei-Drittel-~~
34 ~~Quorums bei der Wahl der Verfassungsrichter in Baden-Württemberg halten wir wegen der~~
35 ~~damit verbundenen Gefahr der Sperrminorität und Blockademöglichkeit in Baden-~~
36 ~~Württemberg nicht für zielführend. Vielmehr braucht es andere~~ Wir brauchen

Mechanismen, den

37 Verfassungsgerichtshof vor möglichen Angriffen zu schützen. Im Hinblick auf die
38 Lehren, die man beispielsweise aus der Absenkung des Pensionsalters bei Richterinnen
39 und Richtern in Polen ziehen kann, fordern wir die geübte Praxis, pensionierte
40 Richterinnen und Richter nicht automatisch ausscheiden zu lassen, in eine gesetzliche
41 Normierung zu überführen. Wir benötigen eine Regelung in der Verfassung, dass der
42 Spruchkörper als solches geschützt wird und auch dann entscheidungsfähig bleibt, wenn
43 eine Nach- oder Ergänzungswahl im Landtag zu keiner Entscheidung führt. Hierzu müssen
44 wir im Einvernehmen mit den anderen demokratischen Fraktionen eine Entscheidung
45 treffen. Wir müssen außerdem verhindern, dass einfachgesetzliche Verfahrensregelungen
46 geschaffen werden können, die den Verfassungsgerichtshof in seiner Arbeit
47 beeinträchtigen könnten.

48 Nicht nur der Verfassungsgerichtshof, auch unsere kommunale Selbstverwaltung muss vor
49 dem Zugang von Verfassungsfeinden geschützt werden. Auf kommunaler Ebene finden die
50 demokratischen Prozesse statt, deren Ergebnisse unmittelbar vor Ort spürbar werden.
51 Wenn kommunale Wahlämter von Antidemokraten besetzt werden, gefährdet dies unsere

Empfehlung der Antragskommission:

52 ~~Demokratie. Wir fordern daher, dass Personen, die wegen Volksverhetzung oder dem~~
53 ~~Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt wurden, von der Wählbarkeit~~
54 ~~ausgeschlossen werden können.~~

Demokratie. Wir fordern daher, dass Personen, die wegen demokratiefeindlicher Straftaten, wie
beispielsweise Volksverhetzung oder dem Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt
wurden, von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden können. Hierzu streben wir einen
parteiübergreifenden Konsens der demokratischen Parteien an, bei welchen Straftatbeständen dies
zur Anwendung kommen kann.

55 2. Konsequenter Staat

56 Die aktuellen Bedrohungen erfordern, dass wir die Abwehrkräfte unserer Demokratie
57 gegen ihre Feinde noch intensiver als bisher in den Blick nehmen und diese
58 verstärken. Dazu gehört insbesondere, dass der Staat mit allen rechtsstaatlichen
59 Mitteln und konsequent gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen, Strukturen, Vereine,
60 Parteien und auch Einzelpersonen vorgehen können muss. Die zuletzt von SPD-
61 Bundesinnenministerin Nancy Faeser ausgesprochenen Verbote der Neonazi-Vereinigung
62 „Hammerskins Deutschland“ oder der internationalen Organisation Samidoun als
63 zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene sind ein starkes Signal im Kampf
64 gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

65 Auch in Baden-Württemberg muss unmissverständlich klar sein: Organisationen und

Empfehlung der Antragskommission:

66 Vereine, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung stellen, bekommen Problemees
67 mit unserem Rechtsstaat zu tun.

68 Wenn in unserem Land beispielsweise in salafistischen Gebetsräumen Hass, Hetze und
69 Antisemitismus verbreitet werden, wenn man dort zu Gewalt aufruft oder sie gar feiert
70 – dann schließen wir diese Räume.

71 Wir unterscheiden nicht zwischen auslandsbezogenem und inländischem
72 Rechtsextremismus. Wir handeln nach gleichen Maßstäben. Wir setzen uns für ein Verbot
73 der Grauen Wölfe ein und ihrem entsprechenden Erkennungszeichen wie z.B. dem

Empfehlung der Antragskommission:

74 Wolfsgruß. ~~Wir sollten dieses Zeichen nicht verharmlosen.~~ Ein Verbot ~~dieses Zeichens-~~
75 ist überfällig.

76 Menschen, die nach Deutschland kommen und hier schwere Straftaten begehen, müssen
77 nach der Verbüßung ihrer Strafe konsequent abgeschoben werden. Wer die Freiheiten,
78 die unser Land gewährt, missbraucht, verspielt jedes Bleiberecht.

79 2.1 Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

80 Der Verfassungsschutz ist wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur unseres
81 Landes und als Frühwarnsystem zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung
82 unerlässlich. Für uns als SPD steht dabei - offenbar anders als für die AfD - außer
83 Frage, dass das Landesamt für Verfassungsschutz als eigenständige Behörde frei von
84 parteipolitischer Einflussnahme und ausschließlich auf Grundlage der geltenden
85 Gesetze über Maßnahmen zum Schutz unserer Verfassung entscheidet.

86 Neben radikalen Terrorgruppen im herkömmlichen Sinn nimmt insbesondere der sogenannte
87 „führerlose Widerstand“, d.h. unabhängig voneinander handelnde Täter mit einem
88 gemeinsamen ideologischen Überbau, eine immer größere Bedeutung innerhalb der
89 terroristischen Szene ein. Die Bekämpfung dieser Art von Tätern mit polizeilichen und
90 geheimdienstlichen Mitteln ist wesentlich schwerer, da hier herkömmliche
91 Anknüpfungspunkte in der interaktiven Kommunikation fehlen.

92 Das Landesamt für Verfassungsschutz muss personell und technisch so ausgestattet
93 sein, dass es Bedrohungen durch politischen Extremismus, Terrorismus sowie Spionage
94 rechtzeitig erkennen und einschätzen kann. Neben Investitionen in die Ausstattung ist
95 eine zeitgemäße Unterbringung des Landesamtes unabdingbar. Davon sind wir derzeit
96 weit entfernt. Deshalb wollen wir das Landesamt in neuen und den Herausforderungen
97 angemessenen Räumlichkeiten unterbringen. Dies muss nicht zwangsläufig in der
98 Landeshauptstadt erfolgen.

99 Verfassungsfeindliche Bestrebungen haben zugenommen und sich gewandelt. So hat sich
100 beispielsweise das Internet mit allen Plattformen wie Messenger, Telegram, soziale
101 Netzwerke oder Gamingplattformen zum zentralen Raum für extremistische (Selbst-)
102 Radikalisierung entwickelt. Der Verfassungsschutz benötigt ausreichend Ressourcen, um
103 diese Phänomene zu überwachen und Maßnahmen zu entwickeln. Deshalb sind auch
104 weitreichende nachrichtendienstliche Eingriffsbefugnisse erforderlich, um mit den
105 Verfassungsfeinden „auf Augenhöhe“ agieren zu können. Die Eingriffsbefugnisse müssen
106 dabei selbstverständlich den verfassungsrechtlichen Vorgaben des
107 Bundesverfassungsgerichts Stand halten können. Wir bekennen uns als SPD klar zum
108 Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei, allerdings braucht es nach
109 unserer Überzeugung eine intensivere Interaktion, insbesondere auch mit den Ordnungs-

109 und Waffenbehörden vor Ort. So ist es beispielsweise keinesfalls hinnehmbar, dass
110 Rechtsextremisten und Reichsbürger mit staatlicher Erlaubnis Waffen besitzen dürfen.
111 Ein starker Verfassungsschutz braucht auch eine starke parlamentarische Kontrolle.
112 Unter der grün-roten Regierungsmehrheit wurde 2015 in Baden-Württemberg das sog. G
113 10-Gremium erstmals durch die Einrichtung eines Parlamentarisches Kontrollgremiums
114 (PKG) abgelöst, das die Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz überwacht.
115 Fast zehn Jahre danach ist es an der Zeit, die Kontrollbefugnisse des PKG den in den
116 vergangenen Jahren steigenden Anforderungen ebenfalls anzupassen. Um eine
117 strukturelle Kontrolle auch künftig effektiv zu gewährleisten, fordern wir - analog
118 der Bundesebene - die Einrichtung eines Ständigen Bevollmächtigten, der das PKG
119 dauerhaft als Hilfsorgan unterstützt und der insbesondere im Auftrag und auf Weisung
120 des Gremiums ausgewählte Sachverhalte näher überprüfen kann. Darüber hinaus ist bei
121 der Besetzung der 3-köpfigen G 10-Kommission künftig sicherzustellen, dass auch den
122 Oppositionsfraktionen mindestens ein Vorschlagsrecht bei der Wahl der Mitglieder im
123 Landtag zukommt.

124 2.2 Starke Polizei

125 Die zunehmende Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens ins Internet führt auch zu
126 einer Verlagerung der Kriminalität. Bei der Verfolgung von Kinderpornographie oder
127 organisierter Kriminalität sind wir auf Erkenntnisse ausländischer
128 Sicherheitsbehörden angewiesen. Bei uns hängt es vom Zufall ab, ob bei einer Anfrage
129 durch Polizeibehörden bei den privaten Internetanbietern noch Daten (insbesondere IP-
130 Adressen und Portnummer) gespeichert sind und herausgegeben werden können, oder ob
131 diese bereits gelöscht wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Wahrung der
132 strengen Regelungen, die der EuGH und das BVerfG mit Blick auf den Schutz der
133 Persönlichkeitsrechte zurecht aufgestellt haben, eine verpflichtende
134 Mindestspeicherfrist eingeführt wird. Entscheidend ist dabei, dass diese Regelung die
135 betroffenen Rechtsgüter angemessen abwägt und so die Bürgerinnen und Bürger
136 einerseits den Strafverfolgungsbehörden vertrauen können und andererseits die Polizei
137 mit einer rechtssicheren und verlässlichen Ermächtigungsgrundlage handlungsfähig
138 wird. Dabei bedarf es insbesondere einer klaren Frist. Zahlen des BKA zeigen, dass
139 bei einer Speicherfrist von etwa 30 Tagen Anfragen in mehr als 90 % der Fälle
140 erfolgreich wären. Eine Abfrage dieser Daten muss zusätzlich unter einem strengen
141 Richtervorbehalt stehen und nur zur Bekämpfung schwerster, katalogartig aufgeführter
142 Straftaten aus dem Bereich des Terrorismus, des sexuellen Missbrauchs und
143 insbesondere der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität zulässig sein.
144 Die Schaffung neuer gesetzlicher Ermächtigungen alleine genügt aber nicht, wie auch
145 der Fall der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) in Baden-Württemberg
146 zeigt: Seit ihrer Einführung zum 8. Dezember 2017 kam dieses Instrument nicht ein
147 einziges Mal zum Einsatz. Die Quellen-TKÜ ist ein eigentlich wichtiges Werkzeug, weil
148 auf diese Weise auf Kommunikationsdaten zugegriffen werden kann, bevor diese
149 verschlüsselt und versandt werden. Infolge einer zunehmenden Verschlüsselung der
150 Kommunikation ist dies ein wichtiges Mittel für die Gefahrenabwehr durch staatliche
151 Sicherheitsbehörden. Jedoch fehlt es an einer technischen Lösung für die
152 Sicherstellung, dass lediglich laufende Kommunikation überwacht wird und nicht auf
153 andere auf dem Gerät liegende Daten zugegriffen wird. Erforderlich ist daher, dass
154 die Polizei endlich mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, um Gefahren

155 effektiv bekämpfen zu können. Andernfalls droht die Gefahr, dass Baden-Württemberg in
156 diesem Bereich abgehängt wird.

157 Attraktivität des Polizeiberufs steigern: Polizeizulagen erhöhen

158 Voraussetzung für eine starke Polizei ist eine starke personelle Ausstattung. Damit
159 der Polizeiberuf auch in Zukunft noch attraktiv ist, braucht es gute
160 Rahmenbedingungen. Wertschätzung der Arbeit, eine gute und moderne Führungskultur,
161 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gute Aufstiegschancen innerhalb der Polizei
162 sind wichtige Bestandteile.

163 Daneben bedarf es finanzieller Verbesserungen. Gerade die Besoldungsgruppen A8 und A9
164 sind besonders häufig von Einsätzen an Wochenenden, Feiertagen oder in der Nacht
165 betroffen. Die Höhe der lageorientierten Zulage ist schon lange nicht mehr angemessen
166 und wir fordern daher die Anhebung auf mindestens 6,00 € pro Stunde. Dies ist auch
167 eine Wertschätzung für die Arbeit im Streifendienst, der aufgrund des Schichtdiensts
168 mit einer besonderen Belastung einhergeht. Für die Polizei suchen wir dringend nach
169 qualifiziertem Nachwuchs und hierfür sind auch finanzielle Anreize notwendig. Deshalb
170 wollen wir insgesamt die Allgemeine Polizeizulage erhöhen.

Empfehlung der Antragskommission:

171 ~~Ausstattung mit hinreichender Anzahl von Polizeiseelsorgern~~

172 ~~Zu einer schlagkräftigen Polizei gehört es auch, dass wir diese mit einer~~
173 ~~hinreichenden Anzahl an Polizeiseelsorgern ausstatten. Polizistinnen und Polizisten~~
174 ~~sind einem hohen Risiko ausgesetzt, Gewalt von Straftäterinnen und Straftäter zu~~
175 ~~erleben und Opfer von Gewalt zu werden, selbst Gewalt im Rahmen des Gewaltmonopols~~
176 ~~einsetzen zu müssen oder Gewalttaten mitanzusehen, denen andere zum Opfer fallen~~
177 ~~insbesondere der Tod von anderen Menschen und vor allem von Kolleginnen oder Kollegen~~
178 ~~kann schwere Wunden verursachen. Dabei ist es wichtig, dass die Polizeiseelsorge gut~~
179 ~~und breit aufgestellt ist, damit alle Polizistinnen und Polizisten mit ihren~~
180 ~~unterschiedlichen Hintergründen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen~~
181 ~~Hilfe finden können, wenn sie diese benötigen.~~

Stärkung der psychologischen Betreuung von Polizist*innen

Zu einer starken Polizei gehört es auch, dass wir diese mit einem hinreichenden Angebot an
psychologischer Betreuung ausstatten. Polizistinnen und Polizisten sind einem hohen Risiko
ausgesetzt, Gewalt von Straftäterinnen und Straftätern zu erleben und Opfer von Gewalt zu werden,
selbst Gewalt im Rahmen des Gewaltmonopols einsetzen zu müssen oder Gewalttaten mitanzusehen,
denen andere zum Opfer fallen. Insbesondere der Tod von anderen Menschen und vor allem von
Kolleginnen oder Kollegen kann schwere Wunden verursachen. Dabei ist es wichtig, dass die
psychologische Betreuung, wie z.B. der polizeipsychologische Dienst oder polizeiinterne
Beratungsstellen, gut und breit aufgestellt ist, damit alle Polizistinnen und Polizisten mit ihren
unterschiedlichen Hintergründen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen Hilfe finden
können, wenn sie diese benötigen.

182 Konsequenzen aus dem Fall des Inspektors der Polizei

183 Der Fall des Inspektors der Polizei hat deutlich ans Licht gebracht, dass Vorfälle
184 sexuelle Belästigung im Bereich der Polizei, aber auch in der übrigen
185 Landesverwaltung, ein Thema ist, das nicht unter den Teppich gekehrt werden darf und
186 der Umgang damit noch stark verbessert werden muss.

187 Es bedarf dafür Dienstvorschriften zum Umgang mit sexueller Belästigung als klares
188 Signal von der Spitze der Polizei, dass solches Verhalten nicht geduldet und
189 Personen, die Missstände offenlegen, geschützt werden. Meldewege für Vorfälle
190 sexueller Belästigung müssen klar festgelegt und kommuniziert werden, die weiteren
191 Schritte inklusive eines Zeitplans müssen klar sein. Es darf nicht sein, dass Opfer
192 von sexueller Belästigung im Unklaren über den weiteren Prozess gelassen werden oder
193 darüber in welchem Zeitraum den Vorwürfen nachgegangen und diese geklärt werden.
194 Der Fall des Inspektors der Polizei hat außerdem offengelegt, dass die Spitze der
195 Polizei ihrer Führungsverantwortung nicht gerecht wird. Konspirative
196 Beförderungssitzungen und geheime Beförderungslisten müssen endlich der Vergangenheit
197 angehören. Wir fordern, dass nicht mehr alleine die Polizeiführung darüber
198 entscheiden kann, wer in Führungsämter befördert wird, sondern bei der Beurteilung
199 und der Auswahlentscheidung der Hauptpersonalrat effektiv und mit eigenen Rechten
200 eingebunden wird. Hinzukommen muss eine Beteiligung der im Innenministerium
201 zuständigen Abteilung für Personal.

202 2.3 Handlungsfähiger Rechtsstaat

203 Jedem muss klar sein, dass mehr Gesetze auch mehr Personalbedarf an den Gerichten
204 oder den Strafverfolgungsbehörden schafft. Richtigerweise hat der Bundesgesetzgeber
205 in den vergangenen Jahren die Gesetzgebung verschärft hat, insbesondere in den
206 Bereichen der Hasskriminalität, der Volksverhetzung, auch im Sexualstrafrecht wurden
207 Rechtslücken geschlossen. Man hat mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz einen weiteren
208 Rahmen geschaffen, damit auch das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Allein in
209 Baden-Württemberg wurde im Jahr 2023 mit insgesamt 1.514 Straftaten im Zusammenhang
210 mit Hass und Hetze ein neuer Höchststand im 10-Jahres-Vergleich registriert. Ein
211 starker Rechtsstaat definiert sich nicht darüber, dass er Recht setzt, sondern auch
212 dadurch, dass er dem Recht möglichst zügig Geltung verschafft. Im Hinblick auf diese
213 Herausforderungen und die steigenden Verfahrenseingänge in den vergangenen zehn
214 Jahren ist der akute Personalmangel bei den Staatsanwaltschaften im Land unübersehbar
215 und besorgniserregend. Wir fordern die Landesregierung eindringlich auf, hier
216 entsprechend nachzusteuern und ausreichend neue Stellen für Staatsanwältinnen und
217 Staatsanwälte zu schaffen. Im ersten Schritt fordern wir 80 zusätzliche Stellen, um
218 eine konsequente, spürbare und schnelle Strafverfolgung sicherzustellen.

219 Gleichzeitig müssen sich die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auch in der
220 organisatorischen Struktur der Justiz abbilden, einerseits um Synergien zu nutzen,
221 andererseits um ein klares Zeichen zu setzen. Wir unterstützen, dass mit dem neu
222 eingerichteten staatsanwaltschaftlichen Cybercrime-Zentrum in Karlsruhe die
223 notwendige Spezialisierung zur gezielten und effektiveren Bekämpfung gegen virtuelle
224 Kriminalität vorgenommen wurde. Eine solche Fokussierung fordern wir auch für
225 Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund durch die Einrichtung von
226 Schwerpunktstaatsanwaltschaften Rechtsextremismus.

227 3. Prävention

228 3.1 Entschlossen gegen Desinformation und Fake News im Netz

229 Desinformation, sowohl aus dem Inland sowie aus dem Ausland gesteuert, ist eine
230 politische Strategie mit dem Ziel der Destabilisierung unserer Demokratie. Die
231 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die mediale Verbreitung von falschen und

232 irreführenden Informationen eine enorme Wirkung auf Mediennutzerinnen und
233 Mediennutzer haben und dass das Vertrauen derjenigen, die unserer Demokratie bereits
234 kritisch gegenüberstehen, weiter sinkt. Sehr entscheidend ist deshalb, dass wir
235 insbesondere Jugendliche und Kinder vor Desinformation vor allem als gezielte
236 Einflussnahme radikaler Kräfte in Social Media schützen und diese befähigen, Fake
237 News klar von Fakten zu unterscheiden, um den Populisten nicht auf den Leim zu gehen.
238 Dies erfordert ein ganzheitliches Konzept zur Stärkung der Medienkompetenz auf allen
239 Ebenen in unserem Land. Die Landesanstalt für Kommunikation verfügt bereits über eine
240 hervorragende Expertise im Bereich Kinder- und Jugendschutz und hat zahlreiche
241 Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz erarbeitet. Diese sollte stärker als
242 bislang genutzt werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig mit entsprechenden
243 Projekten in die Lage zu versetzen, die Gefahren wie Hass, Mobbing, Cyber-Grooming
244 und Falschinformationen rechtzeitig zu erkennen und sich dagegen zu wappnen. Auch die
245 Medienkompetenz von Erwachsenen wollen wir flächendeckend stärken. Wir wollen die
246 öffentlich-rechtlichen Medien stärken, damit eine faktenbasierte Berichterstattung
247 gefördert wird.

248 3.2 Stärkere Landesförderung zivilgesellschaftlichen Engagements

249 Prävention ist die beste Vorsorge vor extremistischen Straftaten und vor einem
250 Abrutschen in extremistische Szenen. Unter der damaligen SPD-Familienministerin
251 Manuela Schwesig wurde bereits im Jahr 2015 das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ins
252 Leben gerufen. Das Land macht sich bislang einen schlanken Fuß und zieht sich
253 weitgehend auf eine Kofinanzierung des Demokratiezentums Baden-Württemberg auf
254 niedrigem Niveau zurück, ohne dass bis heute ein schlüssiges demokratieförderndes
255 Landkonzept vorgelegt wurde. Spätestens jetzt brauchen wir aber auch in Baden-
256 Württemberg einen Aufbruch für Demokratie und ein eigenständiges Landesprogramm
257 „Wehrhafte Demokratie“, das darauf abzielt, die Werte der freiheitlich-demokratischen
258 Grundordnung und der Demokratie aktiv in den Mittelpunkt zu stellen, diese zu stärken
259 und gegen autoritäre und totalitäre Einstellungen zu schützen. Als Ergänzung zu
260 staatlichen Programmen sollen kommunale Strukturen zur Demokratieförderung und
261 Extremismusprävention gestärkt und Einzelprojekte zivilgesellschaftlicher Träger in
262 unserem Land gefördert und durch Verpflichtungsermächtigungen auf eine verlässliche
263 finanzielle Grundlage gestellt werden, um mit entsprechenden Präventionsprogrammen
264 insbesondere Jugendliche und Kinder robust gegen jede Form gruppenbezogener
265 Menschenfeindlichkeit vor Ort und in der Fläche zu machen. Das Landesprogramm ist
266 nach einer Laufzeit von zwei Jahren auf seine Wirksamkeit zu evaluieren und
267 gegebenenfalls an neue Herausforderungen und Entwicklungen anzupassen

268 Der Staat muss auch immer Wege zurück in die demokratische Gesellschaft aufzeigen.
269 Wer sich glaubwürdig von einer verfassungsfeindlichen Ideologie distanziert, dem
270 müssen wir eine Brücke zurück in die Gesellschaft bauen.

271 Allein in Baden-Württemberg beläuft sich das geschätzte Personenpotenzial der
272 extremistischen Kräfte und Teilstrukturen in der AfD (Verdachtsfall) auf 620
273 Personen. Angesichts der zunehmenden Radikalisierung der AfD fordern wir als SPD
274 gezielte Unterstützung auch für ausstiegswillige AfD-Mitglieder, die einen Ausweg aus
275 der rechtsextremistischen Spirale aus Hass und Hetze suchen. Wie schwer so ein
276 Ausstieg und Parteiaustritt sein kann, hat u.a. die ARD-Dokumentation „Wir waren in
277 der AfD - Aussteiger berichten“ eindrücklich gezeigt. Der Weg raus aus der

278 Extremismus-Spirale kann, auch aufgrund von sozialen oder gar finanziellen
279 Abhängigkeiten, sehr lang und steinig sein. Die AfD ist eine Gefahr für die
280 freiheitlich-demokratische Grundordnung in unserem Land. Gegen diese Gefahr muss sich
281 eine wehrhafte Demokratie verteidigen. Das beim Landeskriminalamt angesiedelte
282 Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex) verfügt über eine
283 hervorragende Expertise über alle Phänomenbereiche hinweg. Als SPD fordern wir die
284 gezielte Ausweitung und Anpassung bestehender Programme unter anderem auf
285 ausstiegswillige AfD-Mitglieder. Spätestens im kommenden Doppelhaushalt hat die
286 Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass konex und die weiteren zuständigen
287 Beratungsstellen im Land finanziell so ausgestattet werden, dass sie auch den zu
288 erwartenden Beratungsbedarf bewältigen können.

289 3.3 Flächendeckender Ausbau Häuser des Jugendrechts

290 Die Jugendkriminalität in Baden-Württemberg ist zuletzt wieder gestiegen,
291 insbesondere bei Gewalttaten. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz,
292 Jugendkriminalität wirksam und früh entgegen zu wirken.

293 Die Häuser des Jugendrechts, in denen unterschiedliche Expertinnen und Experten aus
294 den Bereichen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendämtern gemeinsam ins Spiel
295 kommen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, haben sich als Grundidee
296 einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit insbesondere durch optimierte
297 Verfahrensabläufe mit kurzen Kommunikationswegen bewährt. Es kann allerdings nicht
298 sein, dass eine konsequente Bekämpfung von Delinquenz junger Menschen im Land
299 abhängig ist vom Wohnort der jugendlichen Straftäter. Die Häuser des Jugendrechts
300 müssen flächendeckend in allen 17 Landgerichtsbezirken Baden-Württembergs etabliert
301 werden.

302 3.4 Radikalisierung frühzeitig entgegentreten

303 Allen Radikalisierungen, egal ob es sich um islamistische oder rechtsextremistische
304 Radikalisierungen handelt, ist gemein, dass sie oft an Jugendliche oder junge
305 Erwachsene gerichtet sind, die in einem Moment der Orientierungslosigkeit
306 vermeintliche Klarheit und Sinn in den angebotenen Deutungen der Welt sehen. Die
307 Aufgabe eines präventiven Staates ist es, zu erkennen aufgrund welcher äußeren
308 Umstände wie eines Schulabbruchs oder Jobverlusts Menschen empfänglich für
309 Extremisten werden, welche Räume insbesondere in sozialen Medien genutzt werden, um
310 als Echokammern Menschen einzufangen und mit attraktiven Gegenmodellen für
311 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Insbesondere der Dialog als Mittel
312 zur Vermeidung und zum Abbau von bestehenden Vorurteilen muss dabei genutzt werden.
313 Wer im Austausch und Kontakt mit Menschen steht, wird diese nicht einfach pauschal
314 der Gruppe der „Anderen“ oder der „Fremden“ zuweisen, sondern erkennt in etwa aus
315 einem anderen Land nach Deutschland und Baden-Württemberg geflüchtete Menschen
316 Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde sowie Arbeitskolleginnen und
317 Arbeitskollegen.

318 Die Schließung islamistischer, insbesondere salafistischer Moscheen und die
319 Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene mit Moscheen, die auf dem Boden der freiheitlich
320 demokratischen Grundordnung stehen, zur Prävention von Radikalisierungen und zur
Empfehlung der Antragskommission:

321 Stärkung demokratischer Strukturen ~~im Islam~~ in den islamischen Religionsgemeinschaften
sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten

322 der gleichen Medaille. Gegen Islamisten greifen wir mit aller Härte durch und lassen
323 und gleichzeitig von Hass und Terror, wie wir ihn zuletzt etwa in Mannheim und
324 Solingen sehen mussten, nicht spalten. Islamismus ist radikal und extremistisch.
325 Islamismus verachtet die Werte, für die unser Land steht, er bekämpft diese Werte.
326 Gleichzeitig gilt: Nur wenn Menschen, die auf dem Weg sind, sich zu radikalisieren,
327 durch demokratische Angebote abgeholt werden können, können wir Radikalisierungen
328 effektiv unterbinden.

329 3.5 Schutz von Amts- und Mandatsträger:innen

330 Uns ist es sehr wichtig, dass ehrenamtliche und hauptamtliche Politikerinnen und
331 Politiker vom Land und den Sicherheitsbehörden geschützt werden. Angesichts der
332 Angriffe auf politisch engagierte Menschen unterstützen wir die Möglichkeit,
333 Veranstaltungen im Voraus bei der Polizei zu melden. So kann die Polizei ihre
334 Streifenfahrten darauf abstimmen, was zeigt, dass sie in Baden-Württemberg
335 bereitsteht und wir uns auf sie verlassen können. Ein flächendeckender polizeilicher
336 Schutz aller politischen Veranstaltungen ist jedoch weder realistisch noch
337 wünschenswert. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass sich die gesellschaftliche
338 Stimmung ändert, die solche Gewalt ermöglicht. Wir müssen entschieden gegen die
339 Verächtlichmachung von Politikerinnen und Politikern, den Staat und demokratische
340 Prozesse sowie gegen die zunehmende Verrohung der Debatten, vor allem im Internet,
341 vorgehen.